



Montagsdemonstration gegen die Sozialreformen (am 9. August in Magdeburg): „Die ostdeutsche Unterwürfigkeitsbereitschaft hat

Trübsal in der Zwischenwelt

Nach 15 Jahren ist ein großer Teil der Ostdeutschen noch nicht in der Bundesrepublik angekommen. Viele hängen der Bequemlichkeit der DDR nach und haben sich an das Prinzip der Eigeninitiative nicht gewöhnt. Die extremen Parteien von links und rechts haben Zulauf wie nie.

Deutschstunde am Gymnasium Angermünde in Brandenburg: Der Leistungskurs sitzt zusammen, „Effi Briest“ wird zur Seite gelegt, es geht um die Gegenwart. Es dauert lange, bis sich Nicole zu Wort meldet. Dann sagt sie, die Römer hätten das doch gar nicht so schlecht gemacht: „Ein Diktator auf Zeit, das könnte bei uns auch helfen. Einer, der mal auf den Tisch haut.“

Sie sagt das ruhig und langsam, als wäge sie jedes Wort. Nicole ist lässig gekleidet, trägt einen Glitzergürtel, ein bauchfreies

Einheitsfeier vor dem Reichstag am 3. Oktober 1990





westdeutsche Dominanzansprüche geweckt“

Hemd, ein Tattoo ist zu sehen. Sie wolle nicht „einen Verrückten wie Hitler“, sagt Nicole, sie sei ja keine Rechte. Sie wolle einen Diktator, der Bildung für jeden erschwinglich macht. Sie wolle einen Diktator, der dafür sorgt, dass ihr Vater mit seinen kaputten Knien für die Plackerei als Landwirt endlich deutlich mehr Geld bekommt als ein Arbeitsloser oder als „Leute, die den ganzen Tag nur am PC tippen“. Sie denkt nach, dann sagt sie: „Sechs Mo-

nate wie in Rom reichen ja gar nicht hier. Das müssten schon zwei Jahre sein.“

Will sie eine Diktatur wie in der DDR? Ihre Mutter, sagt Nicole, erzähle manchmal von früher, was alles besser war, aber da fahre sie dazwischen: „Also, eingesperrt sein in ein Land, das wollen wir ja wohl auch nicht mehr.“

* Links: am 14. Juni in Eisenhüttenstadt; rechts: mit Gregor Gysi im brandenburgischen Bernau.

Was wollen die Ostdeutschen? Einen freundlichen Diktator? Eine DDR ohne Mauer? Eine bessere Bundesrepublik?

Sie sind unzufrieden mit dem Leben, das sie haben. Sie klagen, sie jammern. Sie wählen radikale Parteien, links wie rechts. Sie wählen nicht. Sie stehen montags auf den Plätzen ihrer schmucken Städte und fluchen laut über Hartz IV. Sie? Nein, es waren nie mehr als 90 000, sehr viel weniger als im Wendeherbst 1989. Zuletzt sank die Zahl von Woche zu Woche. Der Osten hat sich längst ausdifferenziert.

Gleichwohl, der Westen nimmt Ostdeutschland als Jammertal wahr, in doppelter Hinsicht: eine ewig bedürftige Ökonomie, darin grämliche Menschen, die mehr zurückschauen als nach vorn.

Es reicht jetzt, dachte man beim Fußballverein Rot-Weiß Essen im Ruhrgebiet. Vor dem Zweitliga-Spiel gegen Energie Cottbus am Sonntag wurde angekündigt, dass DDR-Symbole auf Fahnen und Kleidung der Cottbuser Fans im Stadion verboten seien. Empörung im Osten, Rückzug im Westen.

Es reicht jetzt, dachte wohl auch Bundespräsident Horst Köhler und sagte in „Focus“, dass es gleiche Lebensverhältnisse überall nicht geben könne. Wer die Unterschiede „einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf“. Erneut Empörung im Osten. „Das ist ja wieder eine saftige Ohrfeige für die Ossi“, schrieb Brigitte Chartieu aus dem Ost-Berliner Stadtteil Pankow in einem Leserbrief an den „Berliner Kurier“.

Vier Prozent des deutschen Sozialprodukts fließen jährlich in die ehemalige DDR, um gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Das ist mehr als die Zuwachsrate, die Republik zehrt von der Substanz. Und Deutschland kommt nicht voran. Die Arbeitslosigkeit stagniert bei 4,3 Millionen, davon 1,6 Millionen im Osten.

Das ist die Lage. Und die Stimmung ist noch schlechter. Ost und West verlieren sich in einem Wettbewerb des Jammerns. Vor allem im Ruhrgebiet werden dem Osten die hübsch renovierten Städte geneidet. Und das alles, während die Welt ringsum größte Anstrengungen unter-

NPD-Aufmarsch, PDS-Wahlkämpferin Enkelmann*: Die DDR lebt halb verborgen fort



nimmt, um für die Arbeitsplätze deutscher Unternehmen attraktiv zu sein.

Während Einigkeit also dringend nötig ist, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, wird die Einheit langsam brüchig, franst aus. 21 Prozent der Deutschen wünschen sich die Mauer zurück, 12 Prozent im Osten, 24 Prozent im Westen. Das sind die traurigsten Zahlen des Jahres.

Während der Blick nach vorn dringend nötig ist, um die Zukunft dieses Landes zu gewinnen, schauen die Deutschen mal wieder zurück. Warum ist der Osten so, wie er ist? Die Antworten liegen vor allem in der Vergangenheit.

Deshalb lebt Geschichte derzeit in Ostdeutschland wie nirgendwo sonst. Das gilt umso mehr, wenn die Geschichtsmacht Helmut Kohl anrückt. Im Wahlkampf trat er in Sachsen und Brandenburg auf, etwa in Strausberg bei Berlin im ehemaligen Kulturzentrum der Nationalen Volksarmee.

Über ihm baumelten Luftballons, vor ihm saßen gut 300 handverlesene Gäste. „Natürlich habe ich auch Fehler gemacht“, sagte Kohl. Man habe den ehemaligen NVA-Soldaten ihre Dienstgrade nicht aberkennen dürfen, sein Wort von den „blühenden Landschaften“ werde immer aus dem Zusammenhang gerissen. Er habe auch auf die Probleme hingewiesen. Doch wenn ein Freund wie der kanadische Ex-Premier Jean Chrétien nun den Osten besuche, sei der immer beeindruckt von den Fortschritten: „Der hat nicht den Eindruck, dass wir alles falsch gemacht haben.“

Nicht alles, aber doch eine Menge. Die westdeutschen Politiker setzten das Versorgungsversprechen der DDR fort. Bundeskanzler Kohl ließ Milliarden aus den Sozialkassen in den Osten schaufeln. So erlebten die neuen Bundesbürger zwar den Schock der Arbeitslosigkeit, aber sie können als Arbeitslose materiell besser leben als zuvor in der Welt des Realsozialismus als Arbeitende.



Leipzig (1989 und 2004): Rund 1250 Milliarden Euro sind seit der Wiedervereinigung in den



Bitterfeld (1990 und 2004): Dem Osten werden die hübsch renovierten Städte geneidet



Osten geflossen

Christdemokrat Kohl und sein sozialdemokratischer Nachfolger Gerhard Schröder gefielen sich in einem paternalistischen, also gönnerhaften Regierungsstil gegenüber den Ostdeutschen. Schröder erklärte den Aufbau Ost majestätisch zur „Chefsache“ und verteilte nach der Flut von 2002 großzügig Geld für die Renovierung der lädierten Städte.

Den Ostdeutschen war Paternalismus vertraut aus ihrer alten Welt, und nun war er auch noch mit Geld ausgestattet. Das erschien vielen als ideale Regierungsform. So kamen zwei Bedürfnisse zusammen, sagt der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz, der nach der Wende mit dem Buch „Der Gefühlsstau“ einen Bestseller gelandet hatte. „Die ostdeutsche Unterwürfigkeitsbereitschaft hat dabei westdeutsche Dominanzansprüche geweckt. Da war diese überhebliche Einschätzung im Westen: Wir machen euch glücklich, wir bringen euch das bessere Leben.“

In keinem anderen Bundesland ist die DDR so über ihr Todesdatum hinaus fortgeschrieben worden wie in Brandenburg. Der ehemalige Ministerpräsident Manfred Stolpe und seine Sozialministerin Regine Hildebrandt, beide SPD, wollten den Menschen den Systemwechsel leichter machen. Sie wollten der wackeligen Nachwendegeellschaft Halt geben, Hildebrandt als Mutter Courage, Stolpe als eine Art verspäteter Staatsratsvorsitzender. Offen bekannte der Kirchenjurist, der als IM „Sekretär“ in den Stasi-Akten verzeichnet war, man habe in Brandenburg „eine kleine DDR“ geschaffen.

Doch die Wir-kümmern-uns-Pose hat nur den Systemwechsel verschleiert und allzu vielen das Gefühl vermittelt, sie müssten sich eben nicht selbst kümmern. ABM hieß für viele „Arbeit bis Mittag“.

Stolpe, inzwischen Bundesverkehrsminister, räumt ein, dass sein Versuch, aus der sozialistischen Gemeinschaft eine brandenburgische zu machen, gescheitert ist: Die Leute hätten sich an ein Betreuungssystem gewöhnt, das in gewisser Weise eine



Leuna (1991 und 2004): Die Westpolitiker setzten das Versorgungsversprechen der DDR fort

„DDR edel“ gewesen sei, „ein DDR-Bekümmernungssystem mit Westgeld“.

Brutto 1250 Milliarden Euro wurden seit der Wiedervereinigung in den Osten transferiert (siehe Seite 62). Sie konnten die Massenarbeitslosigkeit nicht verhindern, nur die Folgen lindern. Der Staat hat sich übernommen. Die Agenda 2010 ist eine Folge auch davon.

Markierte der 9. November 1989 das Ende des Kalten Krieges, so markiert Hartz IV das Ende der DDR. Auch deshalb ist das Gesetz ein Schock für viele Ostdeutsche. Helmut Kohls Versprechen, dass es niemandem schlechter gehen werde, ist mit Hartz IV zurückgenommen. Nun droht Arbeitslosen spätestens nach vier Jahren ein Leben auf Sozialhilfeniveau.

Die Ostbürger müssen erkennen, dass sie mit ihrer Revolution nicht nur den eigenen Staat abgeschafft haben, sondern auch die alte Bundesrepublik. Denn die war nicht zuletzt ein Reflex auf die DDR, war ein Gebilde, das sich unter dem Druck von Systemkonkurrenz entwickelte. Der Sozialstaat wurde unter anderem deshalb so üppig ausgebaut, damit auch die Westdeutschen sich gut versorgt fühlen durften. Dieser Druck ist weggefallen. Zudem verschärfte der Fall des Eisernen Vorhangs die globale Konkurrenz.

Nun finden sich die Ostdeutschen in einer Bundesrepublik wieder, die ganz anders ist, als sie erwartet hatten, härter, weniger fürsorglich. Sie wollten eine DDR light und kriegten allmählich eine BRD tough.

Gleichzeitig geht die Zeit des Paternalismus zu Ende. Die pathetischen Landesväter – Stolpe in Brandenburg, Kurt Biedenkopf in Sachsen und Bernhard Vogel in



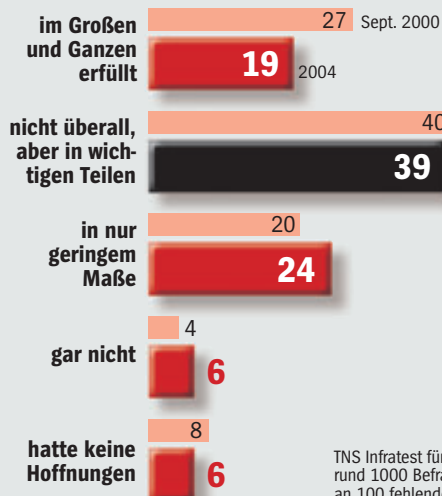
NPD-Fest (am 7. August im sächsischen Mücka): Ausländer und Juden sollen verantwortlich

Thüringen – sind abgetreten. Kanzler Schröders Haltung zu Ostdeutschland schwankt zwischen Desinteresse und Genervtsein. Bei einem Besuch in der Redaktion der Ost-Zeitschrift „Guter Rat“ schrieb er jetzt seinem Volk ins Stammbuch: „In Ost wie West gibt es eine neue Mentalität bis weit in die Mittelschicht hin-

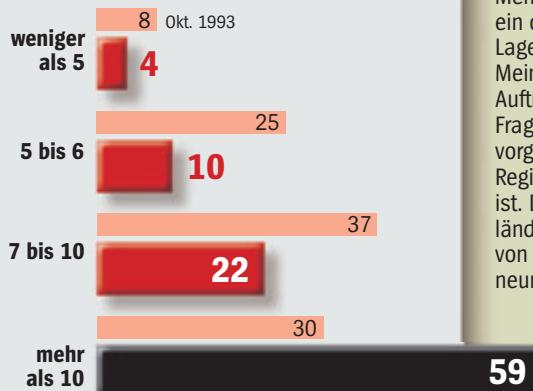
ein, dass man staatliche Leistungen mitnimmt, wo man sie kriegen kann.“ Daran könnte der Sozialstaat „zu Grunde gehen“. Auf den Marktplätzen demonstrieren jetzt Ungetröstete. Das erklärt die Tiefe der Verbitterung.

Das erklärt auch die Stimmen für PDS, DVU und NPD bei den Wahlen. In Sach-

„Wie haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt, die Sie mit der Vereinigung verbunden hatten?“



„Wie viele Jahre wird es Ihrer Meinung nach dauern, bis die Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Wirtschafts- und Lebensbedingungen erreicht ist?“



TNS Infratest für den SPIEGEL vom 31. August bis 8. September; rund 1000 Befragte in Ostdeutschland und Ost-Berlin; Angaben in Prozent, an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe, rundungsbedingte Differenzen möglich

Stimmung auf dem Tiefpunkt

SPIEGEL-Umfrage in Ostdeutschland über die Lage in den neuen Ländern

Noch nie seit der Wiedervereinigung haben sich so viele Ostdeutsche als Verlierer gesehen. Und mehr Menschen denn je in der ehemaligen DDR haben ein düsteres Bild ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage. Das sind zwei prägnante Ergebnisse einer Meinungsumfrage des Instituts TNS Infratest im Auftrag des SPIEGEL. Bei der Studie wurden nur Fragen gestellt, die schon bei früheren Erhebungen vorgelegt worden sind. Die Zeitreihen zeigen eine Region, die in anschwellende Molltöne getaucht ist. Die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern sei weniger gut oder schlecht, sagen neun von zehn Menschen, die dort wohnen. Mitte der neunziger Jahre sah das schon einmal deutlich besser aus. Dazu kommt: Knapp 15 Jahre nach dem Mauerfall schwindet die Hoffnung auf rasche Besserung. Fast 60 Prozent sind nun der Ansicht, dass es mehr als zehn Jahre dauern wird, bis ost- und westdeutsche Lebensbedingungen angeglichen sein werden. Als dieselbe Frage im Oktober 1993 gestellt wurde, gaben nur halb so viele Menschen diese Antwort, die sich inzwischen ja als



TEAMWORK-PRESSE.DE

sein, obwohl es sie im Osten kaum gibt

sen und Brandenburg ging es im Wahlkampf nicht so sehr darum, wer Arbeit schaffen, sondern wer für sich beanspruchen kann, Stimme des Ostens zu sein.

Im Ausbeuten von Gemütslagen lässt sich die PDS von niemandem übertreffen. Sie ist die Partei, die mit großem Geschick Vergangenheit und Gegenwart in den

östlichen Bundesländern verknüpft. Als Oppositionspartei betreibt sie Populismus, der aus dem Gestrigen schöpft. Als Regierungspartei handelt sie oft pragmatisch.

Für das Gestrige steht niemand so wie Heinz Vietze, heute Fraktionsgeschäftsführer der PDS im Brandenburger Landtag, vormals der letzte SED-Bezirkschef von Potsdam.

Noch 1989 polterte er gegen die Schwächlinge in den eigenen Reihen. Man müsse ihnen eine „Korsettstange“ einziehen. Bis heute ist Vietze ein gefürchteter Mann in der PDS. Inoffiziell ist er Kaderchef der Bundespartei.

Als Egon Krenz, der letzte SED-Chef, seine Haftstrafe für die Mauerschüsse abgegessen hatte, war Vietze dabei, als in einem Rostocker Autohaus gefeiert wurde. Der Betreiber des Autohauses, ein früherer Funktionär, hatte nach der Wende den dortigen Fuhrpark privatisiert. Die Bilder von der Fete wirkten wie eine Reise in die Vergangenheit. Da standen Krenz und ehemalige DDR-Generäle nebeneinander, mitten drin auch PDS-Chef Lothar Bisky.

Mitarbeiter der Fraktion berichten von Sitzungen, in denen Vietze die Linie wie früher vorgibt. Wer nicht kuschelt, wird weggedrückt wie etwa die Landtagsabgeordnete Esther Schröder. In geschlossener Sitzung setzte Vietze den Rauswurf der kritischen Frau durch. Sie habe „SED live“ erlebt, sagte Schröder und wechselte zur SPD.

Aber bei vielen Wählern kommt genau das an: dass sich die PDS nicht von ihren Wurzeln löst, dass sie die DDR halb ver-

borgen fortleben lässt. Man würde einen Vietze nicht zum Spitzenkandidaten machen. Das wurde in Brandenburg die brave Dagmar Enkelmann, das nette Gesicht der PDS. Es reicht, wenn die Wähler wissen, dass sich hinter ihr ein bisschen DDR versammelt.

So wird die Stimme für die PDS zu einer Stimme gegen eine Gegenwart, die als widrig empfunden wird. „PDS-Wählen ist eine Art Racheakt“, sagt der Soziologe Heinz Sahner aus Halle. „Wir haben es in starkem Maß mit Proteststimmen zu tun.“ Attraktiv sei die PDS dank „ihrer simplen Antworten auf komplizierte Fragen“.

Aber so richtig überzeugen diese Antworten auch viele PDS-Wähler nicht. Die meisten von ihnen, so haben Forscher herausgefunden, trauen auch der PDS nicht zu, die sozioökonomischen Probleme besser zu bewältigen als die politische Konkurrenz. Der Unterschied zwischen der PDS und den übrigen Parteien wird nicht in der Kompetenz gesehen, sondern in der Sympathie der Genossen mit den sozial Gebeutelten und dem Verständnis der sozialen Probleme.

Deshalb hat es die PDS so leicht wie keine andere Partei. Sie soll das Gemüt des Ostens repräsentieren, und das kostet nichts. Ein Problem bekommt sie erst, wenn sie in eine Regierung gewählt wird. Dann merken die Repräsentanten der PDS bald, dass mit der Rhetorik von gestern das Heute nicht zu bewältigen ist.

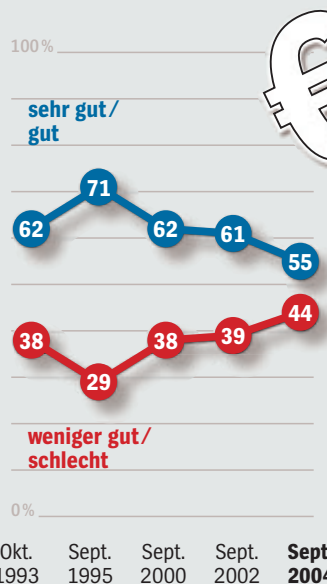
Steffen Harzer ist seit 1996 Bürgermeister von Hildburghausen, was im schwarzen Thüringen einer Revolution gleichkam. Er ist gelernter Werkzeugmacher und war in

realistisch erwiesen hat. Gab es in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR noch ein großes Zutrauen in die Stärke des westlichen Systems, macht sich nun die Skepsis breit – bei Frauen mehr als bei Männern, unter PDS-Anhängern mehr als in der Klientel anderer Parteien. Weniger als zwei Drittel der Ostdeutschen halten der Bundesrepublik zugute, dass sie für eine florierende Wirtschaft und einen ordentlichen Lebensstandard sorgen kann. In den vergangenen Jahren, sagt Infratest-Expertin Rita Müller-Hilmer, „ist da gewaltig was passiert“. In einsam hohem Ansehen steht nun die „persönliche Freiheit“ als Vorzug eines Lebens in dieser Republik. Und das ist, mitten im Jammertal Ost, eine Art Hoffnungswort. Denn bei aller Düsternis lehnen die Ostbürger das freiheitliche System nicht mehrheitlich ab. Die These, dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die nur schlecht ausgeführt wurde, findet weniger Zustimmung denn je seit der friedlichen Revolution. Und 60 Prozent der nicht mehr ganz so neuen Bundesbürger sagen, dass ihnen ein Staat, der Eigenverantwortung fordert, lieber ist als ein Staat der fürsorglichen Bevormundung. Zum Vergleich: Im Westen liegt diese Zahl bei 73 Prozent. Ein Unterschied, aber kein himmelweiter.

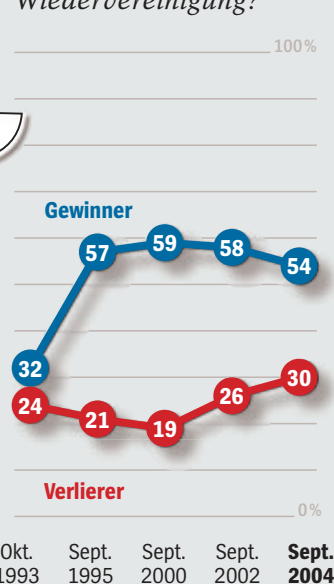
„Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern?“



„Wie beurteilen Sie Ihre eigene finanzielle Lage?“



„Fühlen Sie sich eher auf der Gewinner- oder eher auf der Verliererseite der Wiedervereinigung?“



der SED. Heute sagt er: „Es ist schon alles in Ordnung, so, wie es jetzt ist.“

Seine Vorlagen im Stadtrat bringt die PDS mal mit der CDU, mal mit den Freien Wählern durch. Die Parteikollegen in Erfurt und Berlin erinnert er hin und wieder daran, dass man unter Umständen in die Lage kommen könnte, Versprechen einlösen zu müssen. Er kennt das „Spannungsfeld zwischen Wünschen und Handeln“ aus eigenem Erleben und warnt immer wieder vor Totalopposition. Zwar ist auch er gegen Hartz IV, doch inzwischen längst dabei, Ein-Euro-Jobs in seiner Stadt zu schaffen, um den städtischen Rasen zu mähen, Senioren zu betreuen und den Wald zu bewirtschaften. „Das könnte ich mir sonst gar nicht leisten.“

Harzer ist bis 2008 als Bürgermeister von Hildburghausen gewählt. Er baut mittlerweile städtische Schulden ab und will im Haushalt ohne Kreditaufnahme auskommen. Die letzte Wahl gewann er im ersten Gang mit 65 Prozent.

Geht die PDS Harzers Weg, ist sie gefährlicher für CDU und SPD, als wenn sie sich dauerhaft als Protestpartei versteht. Wenn sie gemäßigte Traditionspflege mit pragmatischer Politik verbindet, könnte sie langfristig eine Art CSU des Ostens werden. Aber dafür muss sie sich stärker der Realität öffnen, als sie es in den Wahlkämpfen von Sachsen und Brandenburg getan hat.

In ihrer Unentschiedenheit zwischen Radikalpopulismus und Bereitschaft zur Vernunft lässt die PDS eine Lücke für die Rechtsextremisten. Zum Teil schöpfen sie aus derselben trüben Suppe: Sehnsucht nach einem starken Mann, nach einer kleinen, abgeschotteten Welt, Angst vor dem

sozialen Absturz. Aber die Feindbilder sind verschieden. Die PDS stürzt sich auf „den Westen“. DVU und NPD nehmen Ausländer ins Visier.

Ein Montagabend in der Lutherstadt Wittenberg, eine Demonstration gegen Hartz IV: Rund 500 Leute stehen auf dem schmucken Marktplatz und hören Reden, die den Bundeskanzler anklagen. Dann tritt ein Mann in Bermudas ans Mikrofon. Er spricht ruhig, er sieht gut aus, schlank, braun gebrannt.

Er sagt, dass zu viel deutsches Geld nach Brüssel fließe und in „die Kriege der Amerikaner“. Er sagt, dass es in Wahrheit sieben Millionen Arbeitslose gebe und neun Millionen Ausländer in Deutschland. Man müsse da einen Zusammenhang sehen. Es wird geklatscht, gejubelt. Es gebe da auch noch „den Friedman und seine Clique“. Wieder wird geklatscht, gejubelt.

Der Organisator der Kundgebung entwendet dem Mann in den Bermudas das Mikrofon. Es wird gepfiffen, geschrien. Die Kundgebung zerfällt in zwei Parteien. Die einen fordern, dass der Mann weiter reden darf. Die anderen rufen „Nazis weg“.

Die Suche nach Schuldigen für die ostdeutsche Misere haben sich die westdeutschen Parteien NPD und DVU zu Nutze gemacht. Ausländer und Juden sollen verantwortlich sein, obwohl es sie in Ostdeutschland kaum gibt. Zudem nehmen die beiden Parteien das Anti-Westliche, Anti-Moderne des Protests auf, stellen aber eher den kleinen Mann in ganz Deutschland als Opfer dar. Der „Westen“ nach ihrer Lesart ist die USA, die Schutzmacht des Kapitals und der Globalisierung. Beschworen wird eine kleine Welt, die gut ist

für den kleinen Mann. Da kommt man dann der DDR recht nahe.

Dieter Cebulla, Jahrgang 1951, war Berater der DVU-Fraktion, die 1999 in den Landtag von Brandenburg einzog. Diesmal hat er selbst kandidiert, auf Listenplatz 14. „Nein“, wehrt Cebulla ab, radikal sei er nicht, er sei „an Grundwerten des Lebens orientiert“. Die DVU sei eine Partei ähnlich wie die FDP, nur eben eine, die „härter durchgreifen“ wolle. Kriminalität müsse entschlossen bekämpft werden. Es klingt glaubwürdig, wenn Cebulla sagt, dass er eher ein unpolitischer Mensch sei.

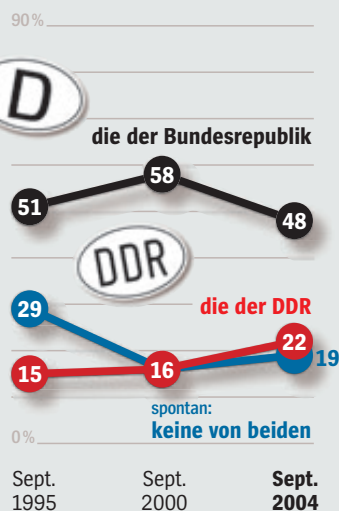
Cebulla, ein Mann in Jeans, kariertem Hemd, mit ordentlich gekämmtem Haar und guten Manieren, passt nicht zu dem Bild, das Verfassungsschützer jahrelang von den „Rechtsextremen“ zeichnen. Sie warnten vor gewaltbereiten Skinheads, vor „Freien Kameradschaften“, vor geschulten Neonazi-Propagandisten.

Das aber gilt eher für die NPD, die in Sachsen den Schulterschluss mit jugendlichen Schlägern suchte. Es war das Bündnis von Biedermännern und Brandstiftern. Ärzte, Arbeiter und Fahrlehrer machten gemeinsame Sache mit jungen Männern, die gern Ausländer jagen.

Die Abgeordneten der DVU, die in die Landtage von Sachsen-Anhalt und Brandenburg einzogen, waren eher gescheiterte Existenzen, vom Mitropa-Kellner mit IM-Tätigkeit bis zum rechtskräftig verurteilten Tierquäler.

Dieter Cebulla würde jeden Vergleich mit solchen Typen zurückweisen. An Leistungsbereitschaft hat es Cebulla nicht gemangelt. Er war mehrfacher Meister der DDR im Motorsport. „Es war zu wenig

„Sie haben als Bürger der neuen Bundesländer zwei unterschiedliche Gesellschaftsformen erlebt. Welche ist Ihrer Meinung nach die erstrebenswertere?“

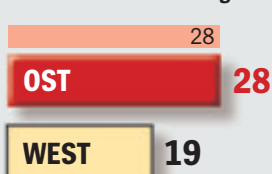


„Welche Staatsform wäre Ihnen am liebsten?“

Ein Staat, der den Bürgern maximale Freiheiten lässt und von ihnen Eigenverantwortung fordert

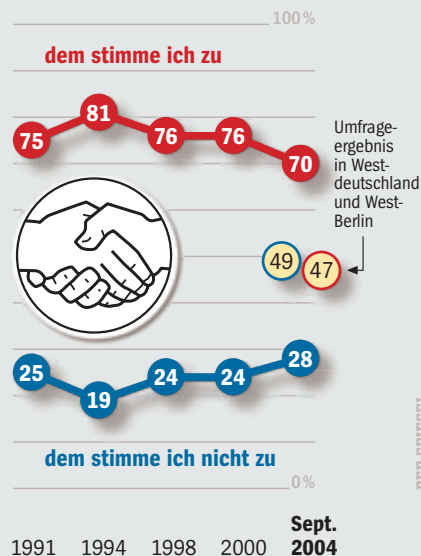


Ein Staat, der sich um den Einzelnen kümmert, einem dafür aber weniger Freiheiten gewährt



TNS Infratest für den SPIEGEL vom 31. August bis 8. September; rund 1000 Befragte in Ostdeutschland und Ost-Berlin; Angaben in Prozent, an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Was denken Sie?“





SVEN DOERING / VISUM

PDS-Bürgermeister Harzer*: „Es ist schon alles in Ordnung, wie es jetzt ist“

Eigeninitiative zugelassen“, sagt er über den dahingegangenen Staat. Ähnlich redet er auch über die Gegenwart.

Seine Frau habe einen Supermarkt, den Laden der Mutter, 400 Quadratmeter groß. In der DDR sei sie gut über die Runden gekommen. Aber nun? „Jetzt hängen wir am Tropf der Konzernketten.“ Lidl, Aldi, die

würden doch die Preise kaputtmachen mit einem unfairen Wettbewerb. „Dumping, Dumping, Dumping.“

Auch wenn er sagt, dass er die DDR nicht wieder auflösen lassen möchte, so wünscht er sich doch eine gut behütete Welt. Wenigstens soll ein Beschützer her, ein starker Mann, der alles Widrige abwehren kann und feste Orientierung gibt.

Der Demokratie dagegen wird nicht mehr viel zugetraut in Ostdeutschland, auch von vielen, die deshalb nicht gleich DVU oder NPD wählen. „Einen stetigen Prozess der Desillusionierung“ beobachten Meinungs- und Sozialforscher wie der Soziologe Sahner aus Halle bereits seit den frühen neunziger Jahren im Osten. Deshalb seien die Wahlbeteiligungen geringer als im Westen, deshalb werde die parlamentarische Demokratie weniger geschätzt. „Die Akzeptanz des politischen Systems ist dramatisch gesunken“, sagt Sahner.

Weniger als die Hälfte der Ostler halten die Gesellschaftsform der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR für „erstrebenswert“, wie eine Umfrage von TNS Infratest für den SPIEGEL ergab. Das ist ein neuer Tiefstand (siehe Grafik).

Andererseits: Nur knapp jeder Fünfte hängt nostalgisch dem alten System an. Es wächst die Anzahl der Ostdeutschen, die weder das eine noch das andere wollen. So bewohnen sie mental eine Zwischenwelt, die nicht mehr DDR ist und noch nicht Bundesrepublik.

Bei der Kundgebung in Wittenberg sprach nach dem Hetzer gegen Ausländer und Juden eine Frau von der PDS. Ihre Stimme überschlug sich, die Frau schrie, als müsste sie einen Mord verhindern. „Das ist moderne Sklaverei“, war einer ihrer Sätze. Auch sie heimste großen Jubel ein.

Nach der Kundgebung sagte der Organisator Klaus Kohrs, dass es zu „Kampfaktionen“ kommen werde, wenn Schröder das Gesetz nicht ändere. Auf die Frage, was er damit meine, sagte Kohrs: „Blockaden, auch Gewalt kann man leider nicht ausschließen.“

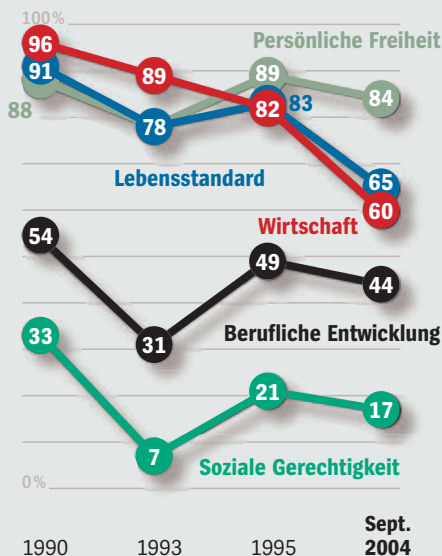
Nach anderthalb Stunden Protest in der Lutherstadt Wittenberg konnte einem vor allem ein Wort einfallen: Maßlosigkeit. Hier fehlen ein paar Leuten die Maßstäbe für die Welt, in der sie leben.

Man kann einen ganzen Tag durch Wittenberg laufen und sieht keinen hier ansässigen Ausländer außer denen, die sich ihren Arbeitsplatz selbst geschaffen haben, in Dönerbuden oder Pizzerien.

Die Grundlage des Protests war ein selektiver Blick. Man sah die Welt so, wie sie einem nachteilig vorkommen konnte. Dazu gehört das Reale, der dramatische Mangel an Arbeitsplätzen, und das Erspinnene, die Ausländerflut, die moderne Sklaverei.

Kohrs ist Chemiker und seit fünf Jahren arbeitslos. Er bewertet Hartz IV, als würde das Gesetz in der DDR eingeführt, als wäre damit plötzlich der Kapitalismus über die Mauer gesprungen und müsste mit Kampfaktionen erledigt werden. Er kann den nahen Zusammenbruch des Banken-

„Welche besonderen Stärken hat die Bundesrepublik verglichen mit der ehemaligen DDR?“



* Auf dem Marktplatz von Hildburghausen in Thüringen.

„Denken Sie an Mose“

Lothar de Maizière, 64, letzter DDR-Ministerpräsident, über die Fehler der Einheit und die Ängste der Ostdeutschen

SPIEGEL: Herr de Maizière, hatten Sie Verständnis für die Montagsdemonstrationen der letzten Wochen?

De Maizière: Ich habe dabei zwiespältige Gefühle, schon wegen des Bezugs zu 1989. Für mich sind die Demonstrationen Ausdruck von Hilflosigkeit. Wir haben eine Generation, die 1989 zehn Jahre zu alt war, um noch einmal durchzustarten, und zehn Jahre zu jung, um in den Ruhestand zu gehen.

SPIEGEL: Das ist die Generation, die die DDR aufgebaut hat.

De Maizière: Diese Generation ist letztlich eine verlorene Generation. Sie fühlt sich ausgeschlossen und durch die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe bestraft. Die Leute wissen, dass sie nun am unteren sozialen Ende ankommen und kaum eine Chance mehr haben, ihre Situation zu bessern.

SPIEGEL: Es sind Menschen, die 1990 auf die Versprechen von Helmut Kohl und Lothar de Maizière gesetzt haben. Waren das falsche Verheißungen?

De Maizière: Die Menschen haben damals gedacht, einem Wunder würde das nächste folgen: erst die friedliche Revolution, dann der Mauerfall, dann die D-Mark. Mir schwebte – auch aus Rücksicht auf die Psyche der Ostdeutschen – ein langsamerer Einigungsprozess vor. Aber der Zug fuhr und wurde immer schneller.

SPIEGEL: Und die falschen Versprechungen?

De Maizière: Ich gebe zu, wir haben die Schwierigkeiten der Transformationsprozesse unterschätzt. Es gab in den Bibliotheken der DDR unzählige Bücher, wie eine Marktwirtschaft in eine sozialistische Planwirtschaft umzuwandeln ist. Es gab keine Anleitung, wie der gegenläufige Prozess zu organisieren sei. Und im Westen herrschte die simple Logik: Unser System hat gesiegt, jetzt muss es im Osten komplett nachgebaut werden. Dass wir Zeugen oder Akteure in einem Vorgang waren, gegen den der Untergang West-Roms eine Bagatelle war, ist uns allen erst später bewusst geworden.

SPIEGEL: Viele Ostdeutsche klagen, sie seien Bürger zweiter Klasse, obwohl es ihnen besser geht als früher. Warum?



MARC DARCHINGER

Ex-Politiker de Maizière
„Die DDR weggefeht“

De Maizière: Ich habe immer gesagt: Wenn die großen Veränderungen der Globalisierung auf Deutschland zukommen, dann werden die Ostdeutschen transformationspropter sein als die Wessis. Aber inzwischen sind wir offensichtlich an der Grenze dessen angelangt, was wir Menschen in einem Leben an Veränderungen zumuten können.

SPIEGEL: Ist den Ostdeutschen die Freiheit zu anstrengend?

De Maizière: Es wird ein anthropologisches Problem deutlich. Lange ging es nur um die Frage: Wie viel Freiheit braucht der Mensch? Heute fragen wir: Wie viel Freiheit kann der Mensch vertragen, der unter ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen war, der immer ein geführter war ...

SPIEGEL: ... und auf neue Führung hoffte.

De Maizière: Denken Sie an Mose. Als er sein Volk Israel aus der Gefangenschaft führt, will es auf halbem Weg umkehren. Die Leute fragen Mose: Warum hast du uns das angetan? In der Gefangenschaft hatten wir immer zu essen und ein Dach über dem Kopf. Das ist die Situation in Ostdeutschland heute.

SPIEGEL: Aber sind 15 Jahre nicht genug, um zu lernen, wie es in der Bundesrepublik Deutschland zugeht?

De Maizière: Die Menschen haben die DDR weggefeht, aber nicht die Wertvorstellungen, die sie in 40 Jahren verinnerlicht haben. Unter Gerechtigkeit verstehen bis heute viele Gleichheit. Viele glauben bis heute an den finalen Gesellschaftszustand der Glückseligkeit. Er drückte sich 1990 auch in Sätzen aus wie diesem: „Helmut, nimm uns an die Hand und führe uns ins Wirtschaftswunderland.“

SPIEGEL: Das hat im Westen keine Vorfreude auf die neuen Mitbürger ausgelöst.

De Maizière: Diese Sätze waren auch irrational. Aber so ist es eben, wenn man aus einem vormundschaftlichen Staat kommt. Er schafft Müdel.

SPIEGEL: Im Westen heißt es: Die Ossis sollen nicht jammern, sondern zupacken.

* Mit dem damaligen CDU-Generalsekretär Volker Rühe auf dem Vereinigungsparteitag der ost- und westdeutschen Christdemokraten 1990 in Hamburg.

De Maizière: Da kann ich nur darauf verweisen, dass von zehn Menschen, die heute im Osten Arbeit haben, nur noch einer auf der Stelle ist, die er zu DDR-Zeiten hatte. Neun haben umgeschult, den Beruf gewechselt, ganz neu angefangen. Wenn man die Kohlesubventionen im Westen mit einem Schlag stoppen würde, dann kämen aus dem Westen ähnliche Klagen wie heute aus Ostdeutschland.

SPIEGEL: Hat Horst Köhler Recht, wenn er erklärt, es werde keine gleichen Lebensverhältnisse in Ost und West geben?

De Maizière: Wer die Äußerungen des Bundespräsidenten ganz liest und versucht, die Intention zu verstehen, wird mehr Ermutigung als Demotivierung herauslesen. Er hat weder Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes, der nicht gleiche, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse zum Ziel setzt, noch den Solidarpakt II in Frage gestellt.



Parteifreunde Kohl (M.), de Maizière*
„Die Menschen glaubten an Wunder“

SPIEGEL: Was kann eine Regierung tun, um den Menschen im Osten das Gefühl der Zweitklassigkeit zu nehmen?

De Maizière: Sie darf bei neuen Gesetzen keine neuen Ost-West-Unterschiede fortschreiben. Es ist doch absurd, dass einer im Osten 14 Euro weniger Hilfe erhalten soll als im Westen.

SPIEGEL: Ist der Verlauf Ihrer Nach-Wende-Biografie nicht auch typisch für den Vereinigungsprozess? Der Ossi de Maizière wurde vom Wessi Helmut Kohl gebraucht und dann an den Rand gedrängt.

De Maizière: Ach, wissen Sie, das nehme ich nicht persönlich. Es war auch für westdeutsche Unionspolitiker nicht ganz leicht, neben Helmut Kohl einen Platz zu finden. Zu wissen, dass ich zum Prozess der friedlichen Vereinigung beitragen durfte, ist mir Genugtuung genug.

INTERVIEW: STEFAN BERG, DIRK KURBUWEIT

wesens beschwören, als käme er direkt aus der Hochschule der Partei. Er bewertet die neue Welt mit den Maßstäben und Worten der alten, versunkenen. Auch deshalb ist er nie angekommen.

„Die Menschen haben die DDR weggefeht, aber nicht die Wertvorstellungen, die sie in 40 Jahren verinnerlicht haben“, sagt Lothar de Maizière (CDU), der letzte Ministerpräsident der DDR (siehe Interview Seite 52).

Sie landeten in einem bürgerlichen Staat, ohne Bürger im tieferen Sinn des Wortes zu sein. Das Bürgertum trägt die Demokratie, weil es die Freiheiten und Teilhaberechte besonders schätzt. In der DDR war diese Schicht sehr dünn. Nach der Wende wurde sie noch dünner, weil die gut ausgebildeten Leute in den Westen abwanderten.

Von denen, die geblieben sind, pochen so viele auf Gleichheit, weil das einen Aufstieg verheißt. Der zählt für sie mehr als bürgerliche Freiheiten. Hartz IV aber ist die Betonung des Unterschieds. Der Lebensstandard der Arbeitenden und der



langfristig Arbeitslosen wird sich stark auseinander entwickeln. Das ist schlimm für jemanden wie Jörg Beetz.

Mit ein paar Worten über ihn kann man leicht halb Westdeutschland gegen den Osten aufbringen. Er lebt in Forst an der deutsch-polnischen Grenze und ist seit 14 Jahren arbeitslos. Sein Leben wie sein Aussehen haben jede Form verloren. Meistens sitzt er daheim und spielt am Computer.

Beetz fühlt sich so krank, dass er nur einen extrem leichten Job annehmen will: keine Kälte, keine Nässe, keine schweren Gegenstände. Deswegen will er Arbeitslosengeld II beantragen und bald auch wieder einen Rentenantrag stellen – der letzte wurde abgelehnt. Beetz ist 31.

Früher war er Arbeiter im Glaswerk Döbern. Er hatte etwas zu tun, denn in der DDR gab es, wie er sagt, „nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zu arbeiten“. Nur widerwillig fügte er sich, denn er wie auch seine Mutter Rosemarie dachten, dass diese Arbeit nicht gut für die



RAINER WEISLOG

Arbeitslose Jugendliche (im brandenburgischen Guben): Mit Hartz IV ging die DDR zu Ende

Gesundheit des Diabetikers sein könne, für seine Nieren, für seinen anfälligen Rücken. „Schon damals sind wir dagegen angegangen, aber zu den Zeiten war doch noch nichts zu machen“, erinnert sich seine Mutter. Sie kocht bis heute für ihn.

Als die Mauer fiel, glaubte Beetz, das Schlaffenland sei gekommen: Politik war ihm egal, er freute sich auf „volle Regale und dass man reisen kann, wohin man will“. Zuerst einmal habe er aufgehört zu arbeiten, sagt er und lacht.

Beetz bezieht heute 690 Euro Arbeitslosenunterstützung plus ergänzende Sozialhilfe und wohnt auf 37 Quadratmetern. Er hat einen Computer, ISDN und Internet, eine Playstation und einen Fernseher.

Seine Mutter sagt, dass ihn seit Jahren Depressionen plagten. Der Junge schlafe nicht, und Freunde habe er auch keine mehr. „Wenn er doch nur Arbeit hätte“, seufzt sie, zwischen einem Dutzend Porzellanpuppen sitzend, die sie von ihrer Erwerbsunfähigenrente gekauft hat. Auch ihre Tochter leide unter Depressionen, weil sie keine Arbeit finde.

Sie hätten doch alles getan für einen Job. Beetz schrieb etwa acht Bewerbungen pro Jahr, für ihn „eine Menge“. Ansonsten seien nur solche Stellen offen gewesen, die wegen seiner schwachen Gesundheit ohnehin nicht in Frage gekommen wären. Als er kürzlich Kisten in den ersten Stock schleppen sollte, sei er „fast umgefallen“.

Danach habe ihn die Mitarbeiterin der Arbeitsagentur „auch noch angebrüllt“, warum er diesen Job nicht mache. Beetz schüttelt den Kopf. In dem Gutachten vom Arbeitsamt stehe, dass er „fast gesund“ sei und „so gut wie alles“ machen könne, das Gutachten vom Sozialamt habe dagegen einen stärkeren Schutz gefordert.

„Immer wieder denken wir, Arbeit, Arbeit“, seufzt seine Mutter, „aber dann wird wieder nichts daraus.“

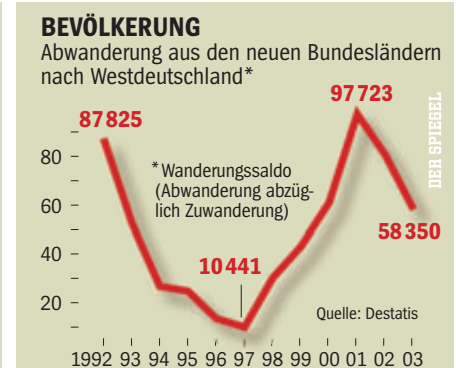
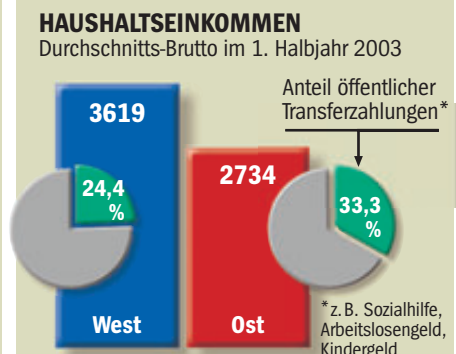
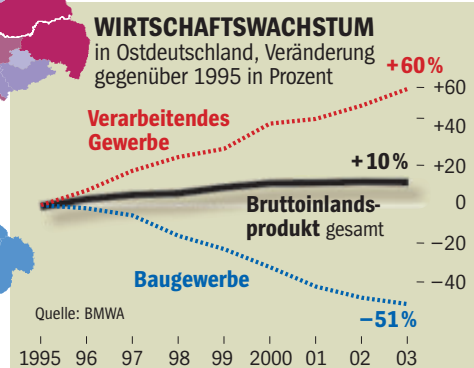
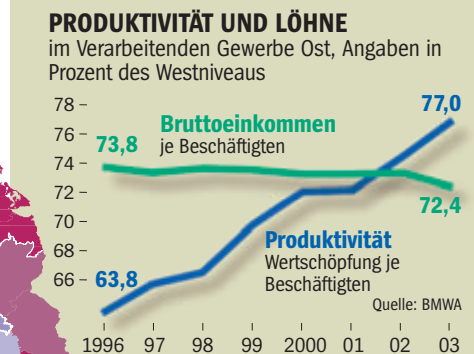
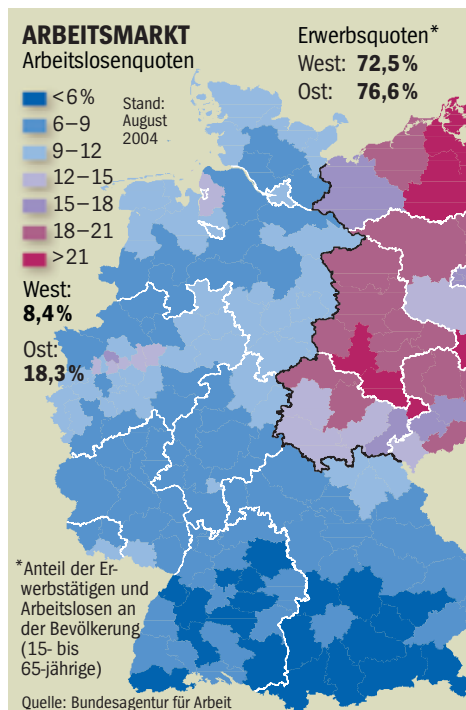
Beetz ist einer von 13,5 Millionen Ostdeutschen, ein Extrem, aber Extreme erhellen manchmal den Blick fürs Ganze. Beetz startete in die Bundesrepublik mit einer Haltung, die man genießerischen Attentismus nennen könnte. Er genoss die neuen Möglichkeiten des Konsums und wartete mal ab, was so auf ihn zukommen würde. Dabei vertraute er den paternalistischen Politikern, die würden es schon richten, wählte erst Kohl, dann Schröder. Jetzt wählt er nicht mehr.

Er denkt „Arbeit, Arbeit“, aber er tut kaum etwas, um welche zu finden. Das gibt es auch im Westen. Aber im Osten ist diese Haltung weiter verbreitet.

Der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz sieht das so: „Wir haben uns darauf verlassen, dass die aus dem Westen das mit den blühenden Landschaften schon machen werden. Die Initiative der Ostdeutschen ist sofort wieder zusammengebrochen. Statt sich selbstkritisch zu reflektieren und Eigenverantwortung zu entwickeln, sind die Ostdeutschen in das Obrigkeitsdenken zurückgefallen.“

Da traf eine Subventionsmentalität auf die andere. Auch in Westdeutschland wurden sterbende Industrien seit Jahrzehnten

Das neue Deutschland





M. MEYER / SIGNUM

Agrargenossenschaft*: „Irgendwie muss man sich jedem System anpassen“

künstlich beatmet, der Bergbau im Ruhrgebiet und im Saarland, die Werften an den Küsten. So befriedet man Regionen, behindert aber einen Strukturwandel hin zu lebensfähigen Wirtschaftszweigen.

So werden die westdeutschen Politiker derzeit zu Recht auf den ostdeutschen Marktplätzen kritisiert, aber für das Falsche: Sie waren eben nicht geizig mit den neuen Bundesbürgern. Vielleicht waren sie sogar ein bisschen zu großzügig, rissen sie nicht aus der DDR-Subventionsmentalität, sondern modelten sie um auf BRD-Subventionsmentalität.

Trotz der Transfers wuchs die Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 18 Prozent in den östlichen Bundesländern. Für die kollabierende Industrie der DDR gab es keinen ausreichenden Ersatz.

Darin liegt die Illusion von Hartz IV. Bei 1,6 Millionen Arbeitslosen und 48.000 offenen Stellen werden auch die stärkeren Anreize zur Jobsuche nur einem Teil der Arbeitslosen Erfolg beschern.

Andererseits liegt in Hartz IV die klare Aufforderung zur Eigeninitiative, und die ist nötig, wie nicht nur Maaz behauptet.

Martin Rosenfeld vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sagt, grundsätzlich seien die Arbeitnehmer im Osten hoch motiviert. Das liege auch an der Angst, den Job zu verlieren. Andererseits sieht er „eine gewisse Hemmung, selbständig tätig zu werden“.

Natürlich gibt es unverschuldetes Elend in Ostdeutschland. Aber es gibt auch eine Satttheit, die unbeweglich macht. Die Zahl der Staatsdiener in den Flächenländern liegt dort, relativ gesehen, um 24 Prozent höher als im Westen. Wer von einem gesicherten Transfereinkommen lebt, rafft sich nicht gern auf, ein Wagnis zu starten.

„Ich denke“, sagt Rosenfeld, „dass die fehlenden Unternehmen einen Teil der Wirtschaftsschwäche erklären.“ Im Osten gibt es rund 3000 mittelständische Betriebe zu wenig, ermittelte der „Gesprächskreis Ost“ des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi.

Jörg Beetz und seine Mutter haben sich zwar unternehmerisch versucht, aber nur mit halbem Herzen. Ihr neuestes Projekt ist eine Schmuckseite im Internet. „Aber da meldet sich keiner, um Schmuck zu kaufen“, sagt die Mutter.

Den mangelnden betriebswirtschaftlichen Geist erklärt Rosenfeld mit der DDR-Biografie. Die Menschen hätten die unternehmensfeindliche DDR-Ideologie verinnerlicht. Zudem hätten meist große Kombinate dominiert. „Der Einzelne war es weniger gewohnt, selbständig zu denken und zu handeln.“

Manchmal wundert er sich, dass „das Geld auf der Straße liegt, aber niemand hebt es auf, weil sich keiner findet, der beispielsweise am Wochenende einen Imbissstand aufmacht“.

Sind die Ostdeutschen also selbst schuld, dass es ihnen schlecht geht? Nicht nur, aber

auch. Man rührt fast an ein Tabu, wenn man das so sagt. Da es so viel um Befindlichkeiten geht, sind auch schnell viele verletzt.

Darf man zum Beispiel die Frage stellen, ob es vielen Ostdeutschen womöglich materiell so schlecht nicht geht?

Die Rentner im Osten etwa erhalten durchschnittlich höhere Zahlungen als die Rentner im Westen.

Dass das Arbeitslosengeld II bei einem Single im Osten um 14 Euro geringer ist als im Westen, könnte dadurch gerechtfertigt sein, dass das Leben dort vielerorts billiger ist, weil die Löhne niedriger sind. Die Lebenshaltungskosten sind in den neuen Bundesländern geringer.

Die Quote der Erwerbstätigen klappt zwischen Ost und West nicht so weit auseinander, wie die Arbeitslosenraten suggerieren. Da in der DDR nahezu jeder arbeiten musste, melden sich in Ostdeutschland mehr Menschen arbeitslos. Die so genannte Erwerbsbeteiligungsquote liegt sogar höher als im Westen. Allerdings fühlen sich die Arbeitslosen dann auch tatsächlich im Stich gelassen, wenn sie keinen Job finden.

Es kommt nicht gut an im Osten, diese Dinge zu benennen, die ein Teil der Wahrheit sind. Die Lage im Osten ist schlimm, aber nicht so schlimm, wie sie mitunter gemacht wird. Wenn man sich darauf verständigen könnte, wäre schon einiges gewonnen, zum Beispiel eine Plattform, von der man gemeinsam in die Zukunft schauen könnte.

Einen offenen Blick für die Verhältnisse haben derzeit vor allem jüngere Ostdeutsche. Sie wissen schon, dass sie es ohne Eigeninitiative in dieser Gesellschaft nicht schaffen werden.

Stephan aus dem Deutschkurs im Gymnasium Angermünde sagt über Ein-Euro-Jobs: „Es gibt genug zu tun. Kann ja nicht sein, dass sich manche Leute ein schönes Leben machen.“ Auch wenn alle im Kurs irgendwie Verständnis haben für die Montagsdemonstranten, widerspricht doch keiner dem Urteil von Benjamin: „Da demonstrieren oft Leute, die nicht wissen, dass viele sich nach den Reformen auch besser stehen.“ Benjamin muss nach der

Stunde gleich weg, im Supermarkt Regale auffüllen. Das macht er jeden Tag.

Nach einer Allensbach-Umfrage vom Juli dieses Jahres sind die unter 30-Jährigen in den neuen Bundesländern heute „aktiver, selbständiger und freiheitsorientierter“ als Gleichaltrige im Westen.

Bei den jungen Ostdeutschen sei ein Wertewandel zu erkennen. Mehr als die Hälfte sei jetzt der Meinung, dass jeder für sein Glück selbst verantwortlich sei. Diese Meinung teilt nur ein



Ostsportlerin Fischer: Im Transformationsstress gehärtet

* Bei der Ernte im mecklenburg-vorpommerschen Lübstorf.



PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Abriss eines Plattenbaus in Halle: „Die Menschen hier machen die Stadt schlechter, als sie ist“

Drittel aller Ostdeutschen. Allensbach spricht von einer „Generationenkluft“.

Es ist aber nicht so, dass die über 30-Jährigen verloren sein müssen für ein zufriedenes Leben in der Bundesrepublik. Udo Görlich zum Beispiel ist es nicht.

Er ist ein Cowboy-Typ, seinen weißen Pick-up lässt er mittig über die Landstraße schnurren, sein Ellbogen ragt aus dem offenen Fenster. Hier kommt ein Besitzer, ein Chef, ein Sieger. Sein Land, sagt Udo Görlich, erstrecke sich so weit, „wie das Auge reicht“.

Jeden Tag befährt er seine insgesamt 1500 Hektar Ackerland. Er sieht nach, ob etwa der Weizen aufgegangen ist oder ob das Rapsfeld nochmals gedüngt werden sollte. Am Ende des Jahres stehen 60 000 Kilometer mehr auf dem Tacho, und in seine Kassen sind 1,6 Millionen Euro geflossen. „Mir geht es gut“, sagt Görlich, der in Dautzschen bei Torgau lebt. Er gehört zu den Menschen, die ein Leben auf der Sonnenseite der Systeme gepachtet zu haben scheinen: Ihm ging es auch schon vor der Wende gut.

Er war in die SED eingetreten, für eine Karriere in der Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaft nahe Dautzschen. Als die Mauer fiel, machte er sich selbstständig. Heute arbeitet er mit vier festen Angestellten, einem Lehrling und einer Hand voll Erntehelfer. Er würde gern mehr nehmen, aber die Lohnnebenkosten seien zu hoch. „Oft fragen mich Leute aus dem Dorf, ob ich Arbeit hätte. Es ist unangenehm, immer Nein sagen zu müssen.“

Seit 15 Jahren wählt er CDU, und das wird er auch weiter tun, weil die Partei ein

Herz für Bauern hat. Wenn man ihn fragt, ob er für Hartz IV sei, nickt er nur leicht und lächelt verlegen: Es könne nicht sein, dass die einen immer mehr arbeiten, um so viel Geld zu verdienen, dass auch die anderen dann leben können. „Irgendwie“, sagt er, „muss man sich jedem System anpassen, wenn man Erfolg haben will.“

So widerlegt er das Vorurteil, mit einer Ostbiografie könne man in der Marktwirtschaft nicht erfolgreich sein. Im Westen läuft es unter der Überschrift: Die sind zu träge dazu, im Osten unter der Überschrift: Wir sind gar nicht gerüstet für dieses Leben.

So ist halb Deutschland derzeit von einem seltsamen Biografismus gepackt. Viele Ostdeutsche erklären ihr Scheitern mit ihrer Herkunft und prolongieren sich damit auf ewig als DDR-Menschen. Ihre ostdeutsche Biografie mache sie unfähig für das neue Leben. Zum Teil wird das stimmen. Aber ein Leben in der DDR kann auch fähig machen für die neue Zeit, siehe Görlich, siehe zum Beispiel Birgit Fischer, die Kanutin aus Brandenburg, die bei Olympia in Athen ihre achte Goldmedaille gewonnen hat. Ein Großteil der Medaillen wurde von ostdeutschen Sportlern geholt.

Leute wie Görlich haben längst ein neues Elitebewusstsein gebildet. Manche fühlen sich schon den Westdeutschen überlegen, weil die nicht im Transformationsstress gehärtet wurden. In den neuen Ländern wird länger gearbeitet, und die Bereitschaft zum Pendeln ist höher als im Westen.

Das gehört zu den Widersprüchen in den jungen Bundesländern: hohe Leis-

tungsfähigkeit und Leistungsverweigerung, beides aus einer DDR-Lebensgeschichte begründet. Die Überwindung biografischer Prägungen ist oftmals möglich und nicht nur im Osten nötig. Kontinuität verliert insgesamt an Bedeutung, es geht mehr um das kluge Management von Brüchen.

Deshalb ist der Osten nicht nur durch gute Politik zu retten. Natürlich müssen die Fördermittel effektiver eingesetzt werden. Aber das Ende der Depression ist ohne einen gewendeten Blick nicht möglich.

Halle an der Saale ist eine trostlose Stadt. Eine hässliche Autobrücke zerschneidet das Zentrum. Es gibt immer noch Häuser, die aussehen, als wäre der Zweite Weltkrieg gerade vorüber. In den Plattenbauvierteln Silberhöhe und Neustadt glotzen leer die Fenster verlassener Wohnungen. Ein Schild warnt vor „herabfallenden Fassadenteilen“. Aus einigen rostigen Balkonbrüstungen sind schon Platten herausgebrochen.

Halle an der Saale ist eine schöne Stadt. Schmucke Bürgerhäuser säumen sanft geschwungene Straßen. Im Paulusviertel strahlen die Säulen, Bögen und Engelsköpfe an den Stadtvillen der Gründerzeit in frischen Cremetönen, die an Vanilleeis erinnern. Hinter Balkonbrüstungen stehen bunte Sonnenschirme und Palmen in Terrakottakübeln.

„Diese Stadt hat kulturell viel zu bieten“, sagt Christian Rauch, stellvertretender Leiter der Agentur für Arbeit, „selbst Nürnberg kann damit nicht mithalten.“ Der gebürtige Regensburger kam 1991 nach Halle. Er fühlt sich hier so wohl, dass sei-



THOMAS HÄRTRICH / TRANSIT

Stadtzentrum von Jena: Der Aufbruch ist die Gelegenheit, bei der Ost und West etwas Gemeinsames gestalten können

ne Familie gerade beschlossen hat, nicht nach Bayern zurückzugehen. Doch wann immer er Einheimischen von ihrer schönen Stadt vorschwärmt, trifft Rauch auf Unverständnis. „Für mich ist das Glas halb voll, für manche Hallenser halb leer“, sagt er. „Die Menschen hier machen ihre Stadt schlechter, als sie ist.“

Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler (SPD), die seit 1969 in Halle lebt, kennt die Unzufriedenheit der Bürger: „Hallenser sind sehr kritisch und schwer zu begeistern. Sie nehmen alle positiven Dinge als selbstverständlich hin und sehen eher das Negative. Den Hallenser zum Lächeln zu bringen ist sehr schwer.“

Wie soll man lächeln, wenn jeder Fünfte keinen Job hat und davon fast jeder

Zweite seit längerem? Wie soll man lächeln, wenn in 14 Jahren die Einwohnerzahl um 90 000 auf 238 000 Menschen gesunken ist, wenn 20 Prozent der Wohnungen leer stehen?

Doch Oberbürgermeisterin Häußler hat sich für einen anderen Blick auf Halle entschieden. Die Stadt hat sich um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ beworben. Mit dem Motto „Halle verändert“ geht die Bewerbung offensiv an das Thema schrumpfende Stadt und Abriss heran. Ökonom Rosenfeld vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle unterstützt sie in dieser Sicht. „Eine Stadt kann sich auch gesundschrumpfen. Small is beautiful.“ Das biete die Chance, die wesentlichen Strukturen der Stadt zu erkennen, um sich auf das zu konzentrieren, was nahe liegt.

Die Rettung ist es nicht. Aber ein Beginn für den Versuch, sich mit der Welt, in der man lebt, versöhnen zu können. Anders ist ein Aufbruch nicht möglich, weil aus Ablehnung zu viel Verweigerung erwächst.

Der Aufbruch ist ja die Gelegenheit, bei der Ost und West etwas Gemeinsames gestalten können. Zu Recht empfinden es die Ostdeutschen oft als Zumutung, zu Flexibilität und Mobilität aufgefordert zu werden von Leuten, die darin selbst nicht gerade weltmeisterlich sind. Attentismus und Beharrung

sind auch im Westen gängige Reaktionen auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Ein Motto für den gemeinsamen Aufbruch könnte aus Jena kommen, aus dem Osten also. Aber es ist ein Osten, der glänzt. Das Bruttoinlandsprodukt dieser Stadt wuchs zwischen 1997 und 2001 um 24,7 Prozent, in ganz Deutschland um 10,7 Prozent.

An diesem Wirtschaftswunder war Wolfgang Meyer beteiligt. Er ist Geschäftsführer der Schott Jenaer Glas GmbH, die tausend Leute beschäftigt und rentabel arbeitet. Sie ist eine Tochter von Schott in Mainz.

Als Meyer, vor der Wende Produktionsdirektor von Schott in Jena, von seinen Chefs im Westen gefragt wurde, warum er um Himmels willen keine Ingenieure aus dem Westen anfordere, sagte er: „Vom Trabant auf einen Mercedes umsteigen ist einfach, anders herum wird es schwer.“ Auch das ist ein Blick, mit dem man ostdeutsche Biografien betrachten kann.

Jammern mag Wolfgang Meyer überhaupt nicht. Als es um das Thema Firmenpleiten geht, sagt er jenen Satz, bei dem man vielleicht erst mal schlucken muss, wenn man ihn hört oder liest. Es ist ein harter und schlichter Satz, aber es liegt eine Wahrheit darin, und so, wie die Stimmung derzeit ist, kann ihn vielleicht nur ein Ostdeutscher sagen.

„Eine Firmenpleite ist doch keine Katastrophe“, sagt Meyer. „Dann wird eben was Neues gegründet.“

STEFAN BERG,
DIRK KURBJUWEIT, CAROLINE SCHMIDT,
GREGOR SCHMITZ, MICHAEL SONTHEIMER,
CARSTEN VOLKERY, STEFFEN WINTER,
CLAUDIA WÜSTENHAGEN



SVEN DOERING / VISUM

Geschäftsführer Meyer: Umstieg vom Trabant